

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis M. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: J. B. Fritz Larnow, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigentel: Eduard Steinbrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Inserate für die viergespaltene Beitzelle ober deren Raum 60 Pfg.
Vergütungsanzeigen und Arbeiterermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Heinrich Budendahl im Felde gestorben!

Noch ist der Schmerz in uns lebendig über den jähen Tod unseres trefflichen Anton Rath. Und schon wieder hat der unbarmherzige Tod mit rauhem Griff einen der Besten aus dem Kreise unserer Gauvorsteher gerissen. Heinrich Budendahl, unser Hamburger Gauvorsteher, ist nicht mehr unter den Lebenden. Die Strapazen des Feldzuges, denen sich der Fünfundvierzigjährige unterwerfen mußte, waren wohl zu schwer für ihn. Mit banger Sorge haben wir ihn davonziehen sehen. Wir wußten, daß ein Jahrzehnt ungestörter, aufreibender Gauvorsteherlebens nicht spurlos an seiner Gesundheit vorbeigegangen war, und daß er sich deshalb eine strenge, diäte Lebensweise auferlegen mußte. Daß im Kriege solche Bedürfnisse des einzelnen ungestillt bleiben müssen, mag wesentlich dazu beigetragen haben, unseren Freund auf das Krankenlager zu werfen. Ein Kamerad teilte schon vor einigen Tagen den Angehörigen kurz mit, daß ihr Ernährer in einem Lazarett im Osten verstorben sei. Mit der erschütterten Gattin und dem Sohne klammerten auch wir uns an die geringe Möglichkeit, daß sich die Meldung als ein Irrtum, eine Verwechslung herausstellen könne. Da trifft uns unmittelbar vor Redaktionsschluß die amtliche Bestätigung, daß der Landsturmann Heinrich Budendahl „infolge Krankheit am 6. Juli 1915 gestorben ist“. Das erstickt auch den letzten Funken einer heißen Hoffnung. Unser Heinrich Budendahl ist nicht mehr!

Fast erscheint es vermessen, in dieser schicksalsschweren Zeit, in der Hunderttausende auf den Schlachtfeldern verbluten, in der auch schon mehrere tausend unserer Verbandskollegen dem unseligen Kriege zum Opfer gefallen sind, um den einzelnen eine Totenklage anzustimmen. Aber der Rastentod löscht die Tragik des Einzelfalles nicht aus. Mag unser Geist noch so sehr abgestumpft sein gegen die Massenvernichtung blühender Menschenleben, wenn es den einen trifft, der uns besonders nahestand, den wir mit unserer besonderen Liebe und Sorge begleitet hatten, ohne den wir nicht auszukommen vermögen, dann will es unseren Schmerz doch wenig kümmern, daß mit dem einen so viele andere den gleichen Weg gehen mußten.

Heinrich Budendahl war nicht der erste Beste. Durch ein Vierteljahrhundert Hingebung und Aufopferung für unsere Organisation und die Arbeiterbewegung im allgemeinen hat er uns eine große Dankeschuld aufgebürdet. In Hamburg war er am 13. April 1870 geboren. Daß der Neunjährige von der Volksschule in die des Waisenhauses übersiedeln mußte, läßt ahnen, welsch schmerzliches Schicksal über der Kinderzeit unseres Freundes schwebte. Von 1885 bis 1889 erlernte er in Wandsbek das Drechslerhandwerk, und unmittelbar nach beendeter Lehrzeit trat er der Organisation, damals noch der „Vereinigung der Drechsler Deutschlands“ bei. In den folgenden Wander- und Militärjahren hielt er in Treue an der Bewegung fest. Seit März 1893 in Köln, war er mittätig beim Zusammenschluß der Berufsorganisationen zum Deutschen Holzarbeiter-Verband. Trotz seiner Jugend stand er bald in der vordersten Reihe. In den Jahren 1893 und 1894 war er zweiter, in den folgenden beiden Jahren erster Bevollmächtigter der Zahlstelle Köln, und bis ihn der Verband von dort wegrief, hat er bald in dieser, bald in jener Funktion Vertrauensstellungen bekleidet und der Verwaltung

angehört. Daneben war er ein besonders rühriges Mitglied des Kölner Gewerkschaftskartells und Mitbegründer des dortigen Arbeitersekretariats. Nicht minder regsam betätigte er sich parteipolitisch. So war er Mitglied der Preßkommission der „Rheinischen Zeitung“ und gehörte dem Komitee des Oberrheinischen Agitationsbezirktes an. Kurz, in ihm lebte seit seiner frühen Jugend der prächtige, bewundernswerte Geist der Vorkämpfer, deren ganzer Lebensinhalt dem selbstlosen Kampf für die Mitmenschen gewidmet ist.

Die ganze Fülle seines vielseitigen Könnens, seines nie erlahmenden Arbeitseifers über die Holzarbeiterbewegung ausschütten, als ihn der Verbandsvorstand mit dem 1. Januar 1904 von Köln weg auf den Posten eines besoldeten Gauvorstehers nach Frankfurt berief. Was er in den acht Jahren seiner dortigen Tätigkeit für uns geleistet hat und wie er sich seiner Aufgabe unterwarf, das zu schildern und erschöpfend zu würdigen, ist in wenigen Sätzen nicht möglich. Mit tiefer Trauer werden ganz besonders die Kollegen des Frankfurter Gaues die schmerzliche Nachricht vom Hinscheiden ihres einstigen Gauvorstehers vernehmen, der mit Recht ihr uneingeschränktes Vertrauen genoß. Und in die Klage der Frankfurter wird sich die der Kollegen im Hamburger Gau mischen, wo der Verstorbene, einem dringenden Wunsche des Verbandsvorstandes folgend, am Jahresanfang 1912 die Gauvorstehergeschäfte übernahm. Bis zu seiner Einberufung zum Kriegsdienst hat er hier mit dem rastlosen Eifer und der peinlichen Gewissenhaftigkeit, die hervorstechende Merkmale seines Charakters waren, gewirkt.

Unseres verstorbenen Freundes Verdienste um den Verband gehen weit über den Rahmen seiner Gauvorstehertätigkeit hinaus. Von ihm gilt das gleiche wie von Anton Rath, daß sein Wort, sein Rat und seine Erfahrung etwas galten bei den Beratungen in den Verbandskörperschaften. Schwer werden wir das in Zukunft entbehren müssen. Seine Rede war nicht laut und lärmend, aber eindringlich und herzlich. Kein Falsch war an ihr, wie an dem ganzen Mann, der jede Phrase verabscheute und der um so überzeugender wirkte, als die schlichte Gradheit seines Wesens sich paarte mit einer tiefen Sachkenntnis über alle Fragen seines Wirkungskreises. So vereinigten sich in ihm besonders glücklich gerade jene Eigenschaften, die ihn bei den Verhandlungen mit Unternehmern, insbesondere bei den zentralen Tarifverhandlungen, zu einem hervorragend glücklichen und erfolgreichen Anwalt der Holzarbeiterinteressen machten. Hier reißt sein Scheiden eine schlechtthin unerfüllliche Lücke.

Alles in allem: Der Verband hat einen großen, schweren Verlust erlitten. Einer seiner Besten, Treuesten und Opferrüstigsten ist ihm genommen worden. Ein guter, liebender Mensch in allen Stücken, ein älterer getreuer Freund und Kamerad war er allen, die ihn kannten. Die düstere Tragik, die über seinem Ende liegt, erhöht unseren Schmerz und den seiner Angehörigen, die mit ihm in einem glücklichen, harmonischen Familienleben verbunden waren. Wir können ihm keine Blumen aufs Grab streuen, keinen Gedenkstein darauf setzen. Unvergänglich aber ist das Andenken an ihn, das wir in unserem Herzen tragen und das noch fortleben wird in den kommenden Generationen der Holzarbeiter. Dafür bürgen seine Verdienste, die für alle Zeiten eingetragen sind in die Geschichte unseres Verbandes.

In unsere Kritiker.

II.

Notwendige Grenzen der Kritik.

Um ein Beispiel solcher Kritik anzuführen, die jenseits jeder Diskussionsmöglichkeit steht: In Gotha zerbrachen sich die Kollegen den Kopf darüber, warum wohl die Holzarbeiter-Zeitung seit Kriegsausbruch nur noch in halbem Umfange erscheint. Die Sache wäre wohl ewig ein dunkles Geheimnis geblieben, wenn nicht die Gothaer Kollegen kraft ihrer grundsätzlichen und unerschütterlichen Meinung von den Charaktereigenschaften der Gewerkschaftsangehörigen zur Lösung des Rätsels herufen gewesen wären. Nämlich, weil die Verbandsangestellten bekanntlich zugunsten der Kriegsnortleidenden auf ein Viertel ihres Gehalts verzichtet hatten, so fühlten sie sich natürlich alsbald berechtigt, nur noch die Hälfte ihrer Arbeit zu leisten! Das wurde uns „im Auftrage der Mitgliederversammlung“ als die Auffassung der Gothaer unterbreitet. Die darin verdeckte Gesinnung ist uns freilich ebenfalls im Verbandsleben außerhalb Gothas noch nicht begegnet.

Bevor wir uns nun derjenigen Kritik zuwenden, die Anspruch darauf erheben kann, sachlich ernst genommen zu werden, scheint es uns doch notwendig, auch hier noch eine Grenze zu ziehen, die dort liegt, wo sich die Aufgaben der Gewerkschaften von denen der Partei trennen. Zum Beispiel haben nicht wir uns bewegen zu verteidigen, daß der Krieg nicht durch politische Aktionen der Arbeiter verhindert wurde, daß von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion die Kriegskredite bewilligt worden sind und ähnliches. In den Versammlungsdebatten werden die Dinge oft heillos durcheinandergeworfen. Wenn die Opposition vom „Verfall“ und „Verrat an den Grundgesetzen“ redet, richtet sich das in der Regel unterschiedslos gegen die Zeitung der

Partei und die der Gewerkschaften. Aber es liegt auf der Hand, daß die Gewerkschaftsführung nicht versagen kann gegenüber Aufgaben, die sie überhaupt nichts angehen, daß sie nicht Grundsätze verraten kann, auf die sie nie verpflichtet war. Ohne die Angelegenheit erschöpfend darzustellen zu wollen, möchten wir doch mit einigen Bemerkungen darauf eingehen.

Grob betrachtet, erstrebt die sozialdemokratische Partei den sozialistischen Staat; die Gewerkschaften kämpfen für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen. Das Ziel des Kampfes liegt dort in der Zukunft, hier in der Gegenwart. In der Praxis freilich ist dieser Unterschied wenig bemerkbar, denn auch die Partei hat einen großen Kreis von praktischen Aufgaben in der Gegenwart, dem sie sich mehr und mehr zuwendet. Aber für sie ist doch mehr Mittel zum Zweck, was für die Gewerkschaften Endzweck ist. Für diese ist maßgebend der unmittelbare Gewinn, den ihre Tätigkeit für die Arbeiter abwirft, für jene ist mitbestimmend die Rücksicht auf die Erreichung ihres Endziels.

Man weiß, welche heftigen Erörterungen in der Partei fortgesetzt gepflogen wurden über die Methoden und Mittel des Kampfes um die endgültige Verwirklichung des Sozialismus. Auf der einen Seite die Anhänger einer etwas unklaren Zusammenbruchs- und Revolutionstheorie, auf der anderen die Verfechter einer Taktik, die auf das langsame Eindringen in den kapitalistischen Staat von innen her, auf das „Hineinwachsen“, eingestellt ist. Die Hoffnungen, die seit Jahrzehnten auf den baldigen Zusammenbruch des kapitalistischen Systems gesetzt waren, haben sich nicht erfüllt. Dagegen wuchs die Erkenntnis, daß die Idee von der befreienden Revolution, wie man sie früher erdacht hat, an den harten Tatsachen der Wirklichkeit zerschellen müsse, daß man das Endziel nicht in einem Sprünge, sondern nur Schritt für Schritt erreichen könne.

Der Streit über die endgültige Verwirklichung des sozialistischen Zukunftsstaates berührt die Gewerkschaften als solche nur mittelbar. Aber die Auseinandersetzungen darüber waren nicht zu trennen von denen über die Forderungen und Mittel des Gegenwartskampfes. Ihre Aufgaben haben die Gewerkschaften von Natur aus auf dem Boden der Gegenwart, und damit wurden sie auch die natürlichen Bundesgenossen derjenigen in der Partei, die auch für diese das Schwergewicht auf die Gegenwartslage gelegt wissen wollen. Wer innerhalb der Partei diese Richtung betämpft, hat deshalb noch lange nicht das Recht, dasselbe auch innerhalb der Gewerkschaften zu tun, denn hier scheidet der Streit, wie er sich in der Partei historisch entwickelt hat, von vorneherein aus. Die Natur der gewerkschaftlichen Aufgaben läßt gar keinen Zweifel darüber, daß sie auf dem Boden der Gegenwart, und nur hier allein, zu lösen sind.

Die Gewerkschaften hätten ihre eigene Existenz verleugnen müssen, wenn sie die Theorie der Revolutionsromantiker hätten annehmen wollen. Denn nach dieser Theorie ist der gewerkschaftliche Kampf ohne größeren Wert, wenn nicht überhaupt überflüssig oder gar verderblich. Wir haben uns sagen lassen müssen, daß unsere Bewegung zur Erschließung des revolutionären Geistes bei der Arbeiterschaft geführt habe, daß die materielle Stärke der Organisationen, wie sie die Gewerkschaften glücklicherweise erreicht haben, mehr eine Fessel als ein Vorzug sei, daß die Arbeiter nicht mehr den Mut hätten, etwas — nämlich revolutionäre Fatsche — zu riskieren, seitdem sie Millionenwerte in den Organisationen investiert hätten.

Als Ursache der Erschlaffung des revolutionären Entschlusses wird von den Radikalen aber auch die Verbesserung in der Lage der Arbeiter selber angesehen. Die gewerkschaftsfeindliche Theorie von der revolutionären Wirkung der Verelendung, wonach die Arbeiterklasse um so eher

die Kraft zur Abschüttlung des kapitalistischen Joches gewinnt, je tiefer sie ins Elend sinkt, ist zwar offiziell über Bord geworfen. Es wäre aber eine Täuschung, wollte man sie wirklich für tot halten. Kann sich doch selbst ein so angelegener Parteitheoretiker wie Mag Adler nicht davon befreien. In seiner kürzlich erschienenen Broschüre „Prinzip oder Romantik?“ beklagt er bitter das Versagen der sozialistischen Bewegung, das daher rühre, „weil aus dem Sozialismus, der nichts anderes als die bewußtgewordene geschichtliche Tendenz der Überwindung der Klassen-gegensätze“ war, nun etwas ganz anderes geworden sei, nämlich „eine Bestrebung zur Verbesserung der Lage des Proletariats bloß innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft“. Es liegt auf der Hand, daß dieser Vorwurf die Gewerkschaften nicht treffen kann, denn diese haben in der Tat noch nie etwas anderes sein wollen, als eine „Proletariats-verteidigung“, wie Adler diese Gegenwartsarbeit bezeichnet. Er fordert die proletarische Erwägung, die „alle Erscheinungen des sozialen Prozesses nicht so sehr von dem Gesichtspunkt zu betrachten hat, welchen unmitttelbaren Gewinn sie für die Lage des Proletariats haben, sondern welche Bedeutung ihnen für die schließliche Überwindung des Kapitalismus, also des Klassen-gegensatzes, überhaupt innewohnt“. Aus dieser Erwägung heraus ist natürlich der Gewerkschaftskampf für den Sozialismus völlig wertlos: „Aber Erwerb des Proletariats an politischer und gewerkschaftlicher Kraft ist kein Machtzuwachs — man hat es jetzt gesehen — und ohne jeden Wert für den Sozialismus, wenn er nicht dazu dient, die Ketten der Klassengesellschaft spürbarer zu machen, mag auch sonst das Leben der Arbeiterklasse viel besser und freier geworden sein“.

Das heißt doch nichts anderes, als daß unser gewerkschaftlicher Kampf, der die ökonomische und geistige Besserstellung der Arbeiter erstrebt, nur dann einen Wert hat, wenn er — erfolglos bleibt. Aber wenn es uns gelingt, Erfolge zu erzielen, wenn die Arbeiter sich insgedessen besser und freier fühlen, dann ist unser Bestreben verderblich, weil es das höhere Ziel, die Erringung des Sozialismus gefährdet! Der Gedankengang erscheint vollkommen laienhaft, aber er ist nur logisch bei jemandem, der in der Verleumdung der Massen die sicherste Bürgschaft für den Ausbruch einer Revolution zur Verwirklichung des Sozialismus sieht. Wenn wir uns darauf einlassen sollten, müßte ja wohl die Frage so gestellt werden: Ist die Gewerkschaftsbewegung überhaupt berechtigt? Es fällt uns natürlich gar nicht ein, über Selbstverständlichkeiten erst noch des breiten zu disputieren. Wenn es richtig wäre, daß die Verwirklichung des Sozialismus und die Besserstellung der Arbeiter innerhalb der kapitalistischen Ordnung zwei Dinge sind, die sich gegenseitig ausschließen, dann wäre das für das sozialistische Endziel sehr traurig. Denn vor die Wahl gestellt, würden die Massen auch nicht einen Moment zögern, den Sozialismus der Zukunft fahren zu lassen, um auf den augenblicklichen Vorteil einer Aufbesserung ihrer bedrückten Lage nicht verzichten zu müssen.

Wir haben diese Tendenzen in der politischen Arbeiterbewegung hier aufgezeigt, weil sie die eigentliche Quelle der gegenwärtigen Parteioption sind, und weil diese Parteioption wiederum der Nährvater auch der Kritik ist, die sich jetzt teilweise in der Gewerkschaftsbewegung breit macht. Den Revolutionsromantikern hat die Haltung der Arbeiter-schaft in der Kriegszeit eine furchtbare Enttäuschung gebracht. Gerade mit dem Ausbruch eines Krieges hatten sie überschwengliche Hoffnungen auf den Zusammenbruch des kapitalistischen Staates verbunden. Sie hatten erwartet, daß in diesem Falle die Arbeitermassen ein unüberwindlicher revolutionärer Clan ergreifen würde, daß sie den inneren Feind zu Boden schlagen würden, statt gegen den äußeren ins Feld zu ziehen. Diese Illusion hat einen vollkommenen Zusammenbruch erlitten. Auch dem Blindesten mußte sichtbar werden, daß der kapitalistische Staat über wirtschaftliche, politische und vor allem militärische Machtmittel verfügt, um jede proletarische Demonstration — von Revolution erst gar nicht zu reden — mit einer leichten Handbewegung beiseite schieben zu können.

Psychologisch ist es durchaus begreiflich, wenn die so jäh Enttäuschten sich mit Händen und Füßen gegen die Sucht der Varianten jähren, wenn sie ihren ungeheuren Jertum, ihre total falsche Einschätzung der Wirklichkeit und der Triebkräfte geschichtlicher Ereignisse nicht zugeben wollen, wenn sie mit Mag Adler immer noch sagen: „Nicht unsere Ideen waren falsch, sie sind nur noch zu wenig lebendig in den Massen“, und wenn sie schließlich einen „Verrat der Führer“ für den Zusammenbruch ihrer Illusionen verantwortlich zu machen versuchen. Wenn die Erregung der Stunde veredelt ist, wenn nicht mehr die furchtbaren Kriegsergebnisse die Leidenschaften aufwühlen, wenn ruhig und sachlich über all die Dinge diskutiert werden kann, dann wird zweifellos allen, die überhaupt Vernunftgründen zugänglich sind, die Erkenntnis kommen, daß die Arbeiterbewegung in der Kriegszeit den Weg gegangen ist, den sie gehen mußte und allein gehen konnte.

Dringend warnen aber müssen wir davor, die Stimmungen und Argumente aus der politischen Organisation, die dort aus der historischen Entwicklung immerhin zu erklären sind, auch in die gewerkschaftliche Bewegung hineinzutragen, wo sie absolut keine Existenzberechtigung haben. Alle Einwendungen gegen eine etwaige verkehrte politische Haltung der Arbeiter-schaft zu den Kriegesfragen liegen jenseits der Grenze, die für unsere Erörterung zulässig ist. Die Direktive für die Politik der Arbeiterklasse zu geben, ist Aufgabe der politischen Partei, solange sich die Gewerkschaften der von dieser gegebenen Direktive einordnen, kann sie kein Vorwurf treffen. Wer der Meinung ist, daß die politischen Arbeiter-schaften, statt die Kriegesfragen zu bewilligen, das Signal zur revolutionären Erhebung hätten geben müssen, der mag diese Meinung und den Größ, der sich deswegen bei ihnen sammelt, in der politischen Organisation zum Ausdruck bringen. In der Gewerkschaft hat das nichts zu suchen.

Nur die richtige Kritik können wir als zulässig ansehen, die sich auf die den Gewerkschaften vorbehaltenen Aufgaben bezieht. Wir werden also zu prüfen haben, inwieweit

die rein gewerkschaftlichen Aufgaben infolge des Krieges von uns vernachlässigt und ob die durch den Krieg neu auftauchenden Fragen richtig und im Sinne unserer alten Grundzüge angepaßt worden sind. Diese Nachprüfung soll in einer zwanglosen Reihenfolge weiterer Aufsätze vorgenommen werden.

Stille Arbeit hinter der Front.

Wer gewohnt war, den Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse nach seinen äußeren Formen zu beurteilen, konnte vielleicht zu der Meinung kommen, als ob die Arbeiterorganisationen seit Kriegsausbruch Ruhequartier bezogen hätten. Notgedrungen ist es nach außen hin etwas stiller geworden. Dafür aber haben die Gewerkschaften emsig und zähe eine Tätigkeit entfaltet, die zwar nicht so sehr an die Oberfläche drang, wie lärmende Versammlungen und scharfe Resolutionen, aber um so eindrucksvoller in der Wirkung war. Die Kriegsarbeit, die geleistet worden ist bei der Ernährungsfrage, der Arbeitsbeschaffung und der Fürsorge für Arbeitslose, Kriegerfamilien und Kriegsbeschädigte, ist ein Stück Klassenkampf, das sich neben dem was früher geleistet worden ist, sehr wohl sehen lassen kann.

Besonders rühlig hat sich die Zentralkommission der Gewerkschaften Schlesiens, deren Vorsitzender unser dortiger Gauvorsteher, Kollege Dietrich, ist, den Kriegsaufgaben zugewandt. Sie befolgt dabei die wirkungsvolle Methode, ein Tatsachenmaterial zusammenzutragen, an dessen schmuckloser, aber beredter Sprache die Behörden und die Regierung nicht gut vorbeihören können. Neuerdings hat die Kommission eine Erhebung über die wirtschaftliche Lage der Kriegerfamilien in Schlesien durchgeführt. Ueber das Ergebnis schreibt uns Kollege Dietrich:

Die Wirtschaftslage der Kriegerfamilien in Schlesien.

Ein Jahr dauert nunmehr der furchtbare Krieg, und noch immer ist sein Ende nicht abzusehen. Dank untrüger tapferen Brüder draußen im Felde, kann mit Befriedigung konstatiert werden, daß die Grenzen des Vaterlandes vor den feindlichen Heeresmassen gesicherter sind als je zu einer Zeit des Krieges, und daß sich infolge der günstigen militärischen Lage unser Wirtschaftsleben befestigt und den Verhältnissen entsprechend gut entwickelt hat.

Das gleiche läßt sich leider nicht sagen von den wirtschaftlichen Verhältnissen der Familien unserer braven Krieger, denen wir für ihre Aufopferung so unendlich viel zu danken haben. Bei einer staatlichen Unterstützung von 12 Mk. für die Frau und 6 Mk. für das Kind auf den ganzen Monat und den geringen Zuschüssen der Gemeinden, Wohltätigkeitsvereinen und Arbeitgeber da und dort hat sich ihre Lage bei der zunehmenden Teuerung immer schlechter gestaltet. Daß den Frauen auch für die Sommermonate von seitens des Staates anstatt 9 Mk. die um 3 Mk. höhere Winterunterstützung von 12 Mk. belassen wurde, ist noch nicht einmal eine volle Entschädigung für die eingetretene Verteuerung der notwendigen Lebensmittel, die um 50 und mehr Prozent im Einkaufspreis gestiegen sind.

Indem wir uns der Lage der Kriegerfamilien zuwenden, sei bemerkt, daß dies nur allgemein geschehen kann, denn alle Orte im speziellen zu behandeln, würde uns viel zu weit führen. Zunächst erscheint Görlitz als Dase in weiter Wüste. Dort wird zur staatlichen Unterstützung aus städtischen Mitteln ein Zuschlag von durchschnittlich 100 Prozent gewährt, wobei Einkommen von über 3 Mk. angerechnet werden. Sicherlich können auch hier die Kriegerfamilien noch kein Schlemmerleben führen, aber vor ärgster Not sind sie wenigstens geschützt. In Breslau, der Hauptstadt unserer Provinz, mit enorm hohen Wohnungsmieten, hat man sich zu 50 Prozent städtischen Zuschlägen aufgezwungen, und wenn die Not gar zu groß ist, sind die Familien auf die Wohlthatigkeit des „Nationalen Frauendienstes“ angewiesen, welcher denn auch erklärlicherweise stark in Anspruch genommen wird. Doch ist dieser nicht in der Lage, trotzdem der gute Wille dafür nicht verkannt werden soll, des massenhaften Elends Herr zu werden. Ein Anlauf unserer Stadtverordneten, den Unterstützungszuschlag auf 75 Prozent zu erhöhen, scheiterte an der Steuerfurcht der „dankbaren“ bürgerlichen Vertreter, wobei der Herr Oberbürgermeister unserem Redner den Rat gab: „Wir können doch nicht mit vollen Händen geben; Sie müssen den Leuten eben nicht sagen, daß es ihnen schlecht geht.“

Ausgenommen die beiden vorerwähnten Städte, haben die Gewerkschaften Schlesiens unter den Familien ihrer eingezogenen Mitglieder im Monat Mai eine Erhebung über deren wirtschaftlichen Verhältnisse veranfaßt, deren Resultat, unter Verwendung der Angaben von 6256 Familien mit 14582 Kindern in 472 Gemeinden, folgendes ist: Nach Abzug der Wohnungsmiete, auf deren Zahlung die Hauswirte ganz energisch bestehen, und unter Berechnung der Hälfte dessen für Kinder, was auf erwachsene Personen entfällt, verbleiben jeder Frau von der erhaltenen Unterstützung im Durchschnitt pro Monat nur 10,44 Mk. gleich 34,8 Pf. pro Tag und für jedes Kind 5,22 Mk. oder pro Tag 17,4 Pf. für die Bestreitung des sonstigen Lebensunterhalts. Eingerechnet ist hierbei jede Unterstützung, die laufend von irgendeiner Seite her, sei es in bar oder in Naturalien, gegeben wird. Nur 111 Gemeinden gewähren 1635 Familien laufend Unterstützungszuschüsse. Daß 1966 Familien während der ersten neun Monate Kriegszeit hin und wieder einen einmaligen Unterstützungszuschlag im Gesamtwerte von 12,87 Mk. erhielten, kann das berechnete Monatsresultat nur sehr gering beeinflussen. 2193 Familien gleich 35 Prozent aber haben von keiner Seite eine weitere Zuwendung erhalten und waren nur auf die staatliche Unterstützung angewiesen. Wenn da nicht die Frau durch irgendeinen Erwerb dazu verdient, muß es um diese Familien besonders traurig bestellt sein.

Insgesamt trugen 1728 Frauen durch Lohnarbeit mit einem durchschnittlichen Monatsverdienst von 24,42 Mk. zur Verbesserung des Einkommens bei, wovon allerdings recht häufig ein erheblicher Teil für die Pflege der Kinder gespart werden muß. Festgestellt wurde ferner, daß sogar in 39 Gemeinden 115 Familien noch nicht einmal die gesetzliche Mindestunterstützung er-

leben wir die Familien unserer Kollegen aus dem Rahmen der allgemeinen Statistik heraus, von denen sich

an derselben, wiederum außer Breslau und Görlitz, in 5 Orten 564 gleich 77 Prozent der eingezogenen verheirateten Kollegen beteiligt haben, so wird für diese das Bild nicht etwa günstiger, sondern noch etwas schlechter. Dem diesen verbleiben, nach Abzug der Wohnungsmiete, im Durchschnitt pro Monat nur noch 9,74 Mk. gleich 32,4 Pf. pro Tag für die Frau und 4,87 Mk. pro Monat gleich 16,2 Pf. pro Tag für das Kind. Laufend unterstützt wurden 240 Familien mit durchschnittlich 9,37 Mk. monatlich. Durch einmalige Zuwendungen, die ersten neun Kriegsmonate über, im durchschnittlichen Wert von 9,05 Mk. pro Familie wurden unterstützt 190 Familien, während jedoch 108 Familien gleich 19,1 Prozent nur auf die Staatsunterstützung angewiesen waren und von anderer Seite keine Unterstützung erhielten. 188 gleich ein Drittel der Familien haben zusammen 12391,90 Mk. Schulden machen müssen um nicht verhungern zu müssen, während wieder andere sich zusammengedarrten Notgroschen aufgezehrt haben.

Wenn auch anerkannt werden soll, daß einzelne Kreise wie Sierberg und Waldenburg, bestrebt sind, der Kriegerfamilien ihr Los zu erleichtern, so muß doch betont werden, daß ein kommunaler Unterstützungszuschlag bis zu 33 Prozent auf die Dauer vor Not auch nicht zu schätzen vermag. Das Gesamtergebnis unserer Statistik ist ein Bild des Elends und des Jammers. Die Folgen einer gänzlich unzureichenden Unterstützung können denn auch nicht ausbleiben. Zunehmende Verschuldung, Unterernährung, körperlicher und wirtschaftlicher Verfall, und im weiteren Verlauf des Elends moralisches und sittliches Verkommen treten mehr und mehr in Erscheinung. Diesen furchtbaren Verhältnissen baldmöglichst durch eine ausreichende Versorgung der Kriegerfamilien entgegenzuarbeiten, ist ein dringendes Erfordernis.

Schon im November ist von unsern Gewerkschaften durch eine Eingabe an die Landräte und größere Gemeinden eine Verbesserung der Unterstützung erstrebt worden, jedoch, soweit sich übersehen läßt, ohne Erfolg. Daß mittlerweile auch vom Minister des Innern als auch vom Reichsamt des Innern den Lieferverbänden, die zur Beschaffung der Unterstützungsmittel gebildet worden sind und über die Unterstützung zu entscheiden haben, zur Pflicht gemacht wurde, die Bedürftigkeit wohlwollend und ohne Engstirnigkeit zu prüfen, als auch die Unterstützung für einen angemessenen Lebensunterhalt ausreichend zu verabfolgen, ist gewiß erfreulich. Nur muß leider hierzulande auch hierin wieder, wie immer, wenn es sich um das Wohl der breiten Masse handelt, die Beobachtung gemacht werden, daß alle wohlgemeint Anordnungen der höchsten Reichs- und Staatsstellen unbeachtet bleiben, sobald deren Ausführung nicht gesetzlicher Zwang ist, sondern dem Wohlwollen der unteren Verwaltungsstellen überlassen bleibt, wie in diesem Falle. Ueber den Begriff „Wohlwollen“ und „ausreichend“ gehen die Meinungen bekannterweise sehr weit auseinander, und bei der Mehrzahl unserer maßgebenden Provinz- und Kreisbehörden niemals zugunsten der breiten Masse der Bevölkerung. Entgegen dem klaren Wortlaut des Gesetzes und Verordnungen der Reichsleitung, beschränkt sich die Mehrzahl der Lieferverbände gegenüber dem größten Teil der Kriegerfamilien auf die Gewährung der gesetzlichen Mindestunterstützung. Mit ihren Anträgen auf erhöhte Unterstützung werden die Kriegerfrauen einfach abgewiesen. So ist ein Gesuch an den Herrn Landrat in Reiffen vom 22. Mai, um höhere Unterstützung der in größter Not stehenden Kriegerfamilien in Ziegenhals, bisher weder beantwortet noch berücksichtigt worden. Der Herr Landrat in Neustadt hält es mit solchen Eingaben ebenso. In Löwenberg, wo den Kriegerfamilien ein städtischer Zuschuß von monatlich 5 Mk. gegeben wird, und unsererseits eine Erhöhung der Unterstützung beantragt wurde, brauchte der Magistrat reichlich vier Monate, um festzustellen, „daß sich ein Bedürfnis für eine höhere Unterstützung in der Tat nicht herausgestellt habe“. Und im frommen Reiffe möchte der Magistrat am liebsten diejenigen hinter Schloß und Riegel bringen, die sich erdreisten, den Kriegerfrauen bei der schriftlichen Abfassung ihrer Unterstützungsanträge behilflich zu sein.

Vielen unserer tapferen Krieger wird es schwer, daran zu denken, daß ihre Lieben zu Hause Not und Elend zu erdulden haben. Und mancher von ihnen hat uns voller Verzweiflung seine Sorgen um die Existenz seiner Familie geschrieben. Sie alle kennen nur den einen sehr berechtigten Wunsch, daß ihnen wenigstens diese eine, aber schwerste Sorge abgenommen werden möge.

Welche Gefühle müßten wohl unsere Krieger beschleichen, wenn sie aus tausenderlei Gefahren, die sie im Interesse aller willig ertragen haben, vielleicht auch noch geschmiedet mit dem Eisernen Kreuz, zurückkehren und durch Not herbeigeführt, den Ruin ihres dereinst so glücklichen Familienlebens vorfinden. Die Verantwortung dafür zu übernehmen, hat sicherlich keiner den traurigen Mut. Darum müssen auch, zum großen Wohle des Vaterlandes, alle Familien unserer Krieger endlich vor Not und Elend sichergestellt werden. Um dieses zu erreichen, erscheint es jedoch notwendig, daß diese Sicherstellung nicht dem „Wohlwollen“ unserer Kreis- und Provinzbehörden überlassen bleibt, sondern durch Gesetzeskraft gewährleistet wird.

Was wird nach dem Kriege?

Ueber die Frage, wie sich das Wirtschaftsleben nach dem Kriege voraussichtlich gestaltet, schreibt der bekannte Volkswirtschaftler, Professor Eugen Baranowski, im „Berliner Tageblatt“ u. a. folgendes, das sich mit dem deckt, was auch wir dazu schon mehrfach ausgeführt haben:

„Ueber zwanzig Millionen erwachsener Männer in arbeitsfähigem Alter stehen unter den Waffen und werden auf Kosten des Staates erhalten. In Deutschland und Frankreich wird es wohl über die Hälfte der männlichen Arbeiterbevölkerung sein. Der Krieg ist zu Ende, das Heer wird demobilisiert, die Soldaten kehren nach Hause zurück. Was erwartet sie dort? Für die Bauern liegt die Antwort darauf auf der Hand. Sie kehren zu derselben produktiven Arbeit zurück, von der sie durch den Krieg weggerissen worden sind: sie werfen das Gewehr weg und greifen zum Pflug. Die industriellen Arbeiter befinden sich in einer viel schwierigeren Lage. Mit dem Ende des Krieges endet auch diese künftlich-

* „Prinzip oder Romantik? Sozialistische Betrachtungen zum Weltkrieg. Herausg. von der zentralen Schlesiens- und Silesienkommission. Breslau, Febr. 1918.“

Abrechnung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes für das erste Quartal 1915.

Main financial table with columns for Einnahme (Income) and Ausgabe (Expenditure), subdivided into Hauptklasse (Main Class) and Zahlstellen (Branches). Includes summary rows for total income and expenditure.

Abfuh. Gesamteinnahme 836 931,09 Mk. Gesamtausgabe 596 966,08 Mk. Mehreinnahme 239 965,01 Mk.

Revidiert und für richtig befunden: Die Revisoren: P. Kaulhausen, F. Leopold, S. Urban.

Am Schlusse des ersten Quartals zählte der Verband 844 Zahlstellen, das sind 16 weniger als im vorausgegangenen vierten Quartal und 35 weniger als am Schlusse des ersten Quartals des Vorjahres. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des ersten Quartals 99 708, davon waren 92 913 männliche, 6188 weibliche und 607 jugendliche Mitglieder.

Neu aufgenommen wurden im ersten Quartal 3754 (7497 im ersten Quartal 1914) männliche, 381 (574) weibliche und 184 (196) jugendliche, zusammen 4322 (8267) Mitglieder. Gegenüber dem vierten Quartal 1914 sind dieses 1122 Aufnahmen mehr und gegenüber dem ersten Quartal des Vorjahres 3945 Aufnahmen weniger.

noch eine ziemlich Zeit dauern dürfte, bis die großen Kriegsausgaben wieder gedeckt sein werden. Anschließend bringen wir eine Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben der Lokalkassen im ersten Quartal 1915. Einnahmen: Kassenbestand vom 4. Quartal 1914 . . . 1 233 216,47 Mk.

Geftorbene Mitglieder. Heinrich Göbert, Tischler, gest. in Bonn. Jakob Steudle, Schreiner, 49 Jahre alt, gest. in Stuttgart.

Tüchtige Bau- und Möbelfabrikant stellt für dauernd ein. Rauenburger Möbelfabrik Rastenburg (Danz.).

4-5 Tischler sofort gesucht. Gebr. Behrend, Coswig (Anhalt).

Einem tüchtigen Holzdrehler stellt sofort ein. B. Seeside, Coswig-Anhalt.

Korbmacher. Einige Arbeiter auf Geischlagen und einige auf getrennte Weidenröhre bekommen Arbeit zu hohem Akkordlohn bei R. Wengler, Korsgade 16, Kopenhagen.

Korbmacher auf runde Geflochtenkörbe aus weissen Weiden verlangt. Johann Lorenz, Berlin W. 62, Kleiststr. 31.

8-10 tüchtige Korbmacher auf Grünschlagenes, große Arbeit, Zentner- und Viertelkörbe, sofort gesucht. Paul Senkel, Korbmacher und Gastwirt Herwigsdorf b. Lobau (Sachsen) Gartenhaus zum Dachsbau.

Bürstenmacher auf Mischen, Pechen, Einziehen gesucht. Ernst Theis, Bürstenmachermeister Café, Hohenzollernstr. 14.

Geht mehrere Korbmacher auf Geflochtenkörbe. W. Fitzgen, Korbmachererei, Geesefmünde, Pichstr. 47.

1 Bürstenhölzerbohrer (Freihandbohrer) bei hohem Akkordlohn sofort gesucht. Reinhold Kanfer, Etzner-Graben, Münstr. 18.

2 Hölzerhaken werden gesucht. Hermann Kossigke, Cottbus, Dresdener Straße 114.

Korbmacher gesucht die die nachstehende Broschüre noch nicht besitzen:

25 Jahre Korbmacherorganisation. Ein Beitrag zur Korbmacherbewegung auf zentraler Grundlage in den Jahren 1889-1914. Herausgegeben von der Zentralkommission. Die Broschüre enthält sehr wertvolles Agitationsmaterial und ist deshalb für jeden Korbmacher geradezu unentbehrlich. Preis 1 Mk. Für Verbandsmitglieder 30 Pf. Bei Mehrbezug entsprechender Rabatt. An einzelne Kollegen liefern wir die Broschüre gegen Einzahlung von 40 Pf. franko. Zahlreichen Bestellungen sieht entgegen Die Verlagsanstalt Berlin SO 16, Am Kölnischen Park 2

Eingelegte Furniere für Nähtische, Schattellen, Füllungen. Musterbogen gegen 20 Pfennig in Briefmarken. Zahlreiche Anerkennungs schreiben E. Biller, Marqueter, Heidelberg Theater-Strasse 7.

Werkzeug-Neuheiten jeder Art. Jeder verlange sof. gratis u. fr. Preislisten von Otto Bergmann, Berlin SO. 33, Oppelner Strasse 31.

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H. Berlin SO. 16 - - - Am Kölnischen Park 2. Den Zahlstellen-Verwaltungen empfehlen wir: Einladungs-Postkarten für Mitglieder-Versammlungen. 100 Stück 1,20 Mk., 500 Stück 4,50 Mk. Einkassierer-Karten für Beizekassierer. 100 Stück 1,20 Mk., 500 Stück 4,50 Mk., 1000 Stück 7,50 Mk. Quittungs-Formulare. Block, enthaltend 50 Formulare. 1 Block 0,20 Mk., 10 Block 1,80 Mk., 20 Block 3,40 Mk., 30 Block 4,80 Mk., 50 Block 7,50 Mk. Für die Zahlstellen-Bibliotheken: Holzarbeiter-Zeitung 1914 auf besserem Papier gedruckt und in gutem Leinwand einband, Preis pro Exemplar 3,50 Mk. Von den Jahrgängen 1910 bis 1913 sind noch einzelne Exemplare vorhanden.

Demnächst erscheint das Jahrbuch 1914 des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes. Preis brosch. 2,- Mk., geb. 2,50 Mk. Den Mitgliedern des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes liefern wir das broschürierte Jahrbuch zu 75 Pf. und das gebundene zu 1,20 Mk. Bestellungen sind an die Zahlstellenverwaltungen zu richten. Die Verlagsanstalt.